Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 263. **Montag, 10. November 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sächsischer Landtag.

ffk. **Dresden.** Der Landtag nahm Sonnabend mittag seine Sitzungen wieder auf. Das Haus ist voll besetzt, auch die Tribünen sind gut besucht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident **Winkler** Mitteilung vom **Ableben** des sozialdemokratischen **Abg. Sachse**, mit dem das Haus einen fleißigen, tüchtigen Kollegen verloren hat, der jederzeit die Interessen des Landes treu vertreten habe. Aus dem Kreise der Pressevertreter ist durch den Tod abberufen worden Herr **Redakteur Henig**, der Vertreter des „Berliner Tageblattes". Er hat die Verbindung zwischen Parlament und Pressearbeit, an der wir sehr interessiert sind, jederzeit in unserem Interesse aufrechterhalten. Auch ihm danken wir für seine Tätigkeit. — Sämtliche Abgeordnete hören die Nachrufe stehend an. — Der Präsident gedenkt dann des vom Amte zurückgetretenen Landtagsdirektors **Hofrat Kraus**, der 47 Jahre im Staatsdienst, davon 37 Jahre im Landtagsdienste gestanden habe. — Anstelle des verstorbenen Abg. Sachse ist der **Abg. Köhler** in das Haus eingetreten.

Abg. **Böttcher** (Kom.) beantragt Umstellung der Tagesordnung und zunächst Behandlung der kommunistischen Anträge auf **Erlaß einer Amnestie und Verbot der Verhaftung kommunistischer Abgeordneter und Kommissionäre.** Weiter fragt er den Präsidenten, ob er die **polizeilichen Spitzel** in das Landtagsgebäude gerufen habe. Das ganze Haus wimmele von Spitzeln. Sie seien hier, um bei einer Auflösung des Landtags sofort hier Verhaftungen vorzunehmen. Endlich verlangt Redner, daß auch der Mißtrauensantrag erst erledigt werde. — Abg. **Renner** (Kom.) (Rufe rechts: „Jetzt kommt der Clown des Landtags!") unterstreicht die Forderungen des Vorredners.

Präsident Winkler erklärt, der Vorstand habe die vorliegende Tagesordnung gegen eine Stimme genehmigt, er fragt aber das Haus, ob es damit einverstanden sei. Sämtliche Abgeordnete außer den Kommunisten erklären sich für die aufgestellte Tagesordnung. Als der Präsident die Frage auf Annahme der kommunistischen Anträge stellt, zieht Böttcher diese unter großer Heiterkeit des Hauses zurück, beantragt aber sofort, den Amnestieantrag zu behandeln. Das Haus lehnt auch diesen Antrag ab. Mit den Kommunisten stimmen die Linkssozialisten. Der Präsident erklärt sodann, er habe keine Spitzel in das Haus gerufen, sondern Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Hause bestellt. (Unruhe bei den Kommunisten). Eine Genehmigung zur Vornahme von Verhaftungen im Hause habe er nicht gegeben. Er würde es als Hausfriedensbruch ansehen, wenn derartige Handlungen im Hause vorgenommen würden. — Ein kommunistischer Antrag, die Polizei sofort aus dem Hause zu entfernen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Das Haus tritt dann in die Erledigung der Tagesordnung ein. Der Gesetzentwurf zur

Aenderung des Landeswahlgesetzes

vom 4. September 1920 wird in Schlußberatung einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung über die Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten auf

Auflösung des Landtags.

Abg. **Beutler** (DN.): Unser Auflösungsantrag ist veranlaßt durch Vorgänge im Reiche. Der innere Grund liegt in der ganzen politischen Lage. Wir halten den Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung und die Koalitionsregierung Heldt für reif zur Beseitigung. Wir haben dieser Regierung eine gewisse Schonzeit gewährt. Sie hat sich aber ihrer Aufgabe, in Sachsen gründlich Ordnung zu schaffen, nicht gewachsen gezeigt. Die Regierungen Zeigner und Fellisch-Liebmann bedeuteten das äußerste, was man einem Lande zumuten kann. Redner geht dann auf die Personalpolitik dieser Regierungen ein und erklärt unter der Heiterkeit des Hauses: Was man nicht unterbringen kann, das stellt man als Amtshauptmann an. Charakterlose Streber seien es meist, die man in den Staatsämtern unterbringe. Eine Auflösung des Landtags würde unsere Arbeit nicht länger aufhalten, als die beabsichtigte vierwöchige Pause wegen der Reichstagswahlen. Wir bezweifeln, daß unter der Koalitionsregierung Steuervorlagen zustande kommen, die im Interesse der Wirtschaft liegen. Auch in Religions- und Schulfragen versagt die Koalition trotz der schönen Reden des Volksbildungsministers. Wir brauchen eine Regierung, die nicht durch Kompromisse gebunden ist. Redner geht dann auf die letzten Vorgänge in der sächsischen Sozialdemokratie ein und beantwortet die Frage, warum die Beschlüsse des Leipziger Parteitags nicht respektiert würden, dahin: Die größte Sorge des Parlamentariers ist, daß er wieder gewählt wird. Der Wille des Volkes ist Nebensache. Das nennt man Demokratie. (Heiterkeit.) Von einem großen Teil der sozialdemokratischen Fraktion wird die Auflösung des Landtags abgelehnt werden. Man will die Machtposition, die die Sozialdemokratie in Sachsen noch hat, nicht aufgeben. Man fürchtet den Ausgang der Wahlen. Ich habe Herrn Heldt für einen klugen Politiker gehalten; er hat mich aber tief enttäuscht durch die von ihm herausgegebene Broschüre. Sie bedeute eine unerhörte Indiskretion des höchsten Regierungsbeamten. Was heute den sozialdemokratischen Beamten geschehen sei, könne morgen den bürgerlichen Beamten passieren. Redner schließt: Wir werden nach einer Auflösung des Landtags zu kämpfen und zu siegen wissen unter dem Banner Schwarz-weiß-rot.

Abg. **Böttcher** (Kom.) begründet den Auflösungsantrag angeblich vom Standpunkte der sächsischen Arbeiter aus. Im Verlaufe seiner Rede kommt es zu einem Zusammenstoße mit dem deutschnationalen Abg. Dr. Kretzschmar, der dem Redner zuruft: Sie waren selbst Rekrutenschinder! Worauf Böttcher entgegnet: Sie elender Verleumder, Lügner und Schuft! Die Kommunisten beteiligen sich an der wüsten Schimpfkanonade und es fallen mehrere Ordnungsrufe. Weitschweifig wettert Redner gegen die Sozialisten, sie seien nichts als eine bürgerliche Partei. (Abg. Lieberasch: „Und zwar die schlechteste."

Justizminister Bünger tritt den vom Abg. Beutler gegen das Justizministerium erhobenen Angriffen entgegen.

Abg. **Blüher** (DVP.): Die Deutschnationalen haben heftige Angriffe auf die Koalition gerichtet. Es scheint mir der jetzige Zeitpunkt, wo wir im Auftakt der Reichstagswahlen stehen, um eine bürgerliche Mehrheitsregierung herbeizuführen, zu einer politischen Auseinandersetzung zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei wenig geeignet, so wenig nach bekannten Vorgängen im Reiche die Deutsche Volkspartei eine solche Auseinandersetzung zu fürchten hat. Richtig ist, daß die Koalition nicht alle Wünsche erfüllt hat, aber auch ein deutschnationaler Diktator hätte das nicht gekonnt. Im übrigen hat die Koalition recht Beachtliches geleistet, und die Bevölkerung erkennt das auch an. Es kann sich nur fragen, ob wir durch eine Auflösung Besseres erreichen, dafür besteht keine Gewähr. Wie wäre es, wenn die radikale Sozialdemokratie unter Führung von Arzt zusammen mit den Kommunisten wieder die Mehrheit erhielten. Dann käme eine zweite Zeignerregierung. Aber auch bei einer anderen Mehrheit würde eine Regierungsbildung die größten Schwierigkeiten bieten. Sie würde eine Einigung von den Völkischen bis zu den Demokraten voraussetzen. Wer kann behaupten, daß eine solche Regierung besser arbeiten würde, als die Koalition? Endlich würden Landtagsneuwahlen im jetzigen Zeitpunkt zweifellos eine riesige Radikalisierung und eine Steigerung der Gegensätze im Landtag bringen. Unter diesen Umständen trägt die DVP. Bedenken, die Koalition aufzugeben. Aber die Herren Arzt, Edel und Liebmann hatten selbst, namentlich durch ihren Auflösungsantrag, das Tischtuch mit uns zerschnitten. Wir zerschneiden es ebenfalls. Von einer Fortführung der Koalition mit diesen Herren kann keine Rede sein. Wir sind überzeugt, daß die Weiterentwicklung die Richtigkeit unserer Politik bestätigen wird.

Abg. **Dr. Seyfert** (Dem.) tritt ebenfalls den Auflösungsanträgen entgegen und erklärt, daß seine Partei an der Koalition festhalten werde.

Abg. **Schwarz** (Linkssoz.) Zunächst erklärt er, daß er und 14 seiner Freunde das Material der Heldt-Broschüre ablehnten, aber aus anderen Gründen als Kollege Beutler. Dann verlangt Redner Auflösung des Landtags mit der Begründung: Nachdem der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie am 26. Oktober sich für die Landtagsauflösung ausgesprochen habe, hielten sie sich für verpflichtet, dieser Forderung zu entsprechen. Mit ihm stimmen Arzt, Dennhardt, Edel, Graupe, Kautzsch, Kraner, Liebmann, Menke, Mucker, Nebrig, Frau Schilling, Schwarz, Tempel, Frau Thümmel, Weckel.

Eine gesonderte Erklärung gibt Abg. **Fellisch** (Soz.) für sich und seinen Genossen Dr. Sachs ab. Sie beide würden für die Auflösung stimmen, weil dies dem Wunsche der Partei entspreche.

Abg. **Wirth** (Soz.) erklärt namens der Fraktionsmehrheit, daß diese gegen die Auflösungsanträge stimmen werde, weil die Koalitionsregierung ihre Absicht, dem sächsischen Volke zu dienen, mit gutem Erfolge durchgeführt habe.

Hierauf findet die namentliche **Abstimmung** statt. Es sind 93 Abgeordnete anwesend, die 3 Kommunisten Schneller, Siewert und Zipfel fehlen. (Es verlautete, sie wären der Sitzung wegen der ihnen drohenden Verhaftung ferngeblieben.)

Die Auflösungsanträge werden, wie wir bereits am Sonnabend mitgeteilt haben, mit 50 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Die Sitzung wird darnach auf ½ Stunde vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung begründet Abg. **Böttcher** (Kom.) den von seiner Partei eingebrachten

Mißtrauensantrag gegen die Regierung Heldt.

Er sagt, es gebe jetzt drei sozialdemokratische Fraktionen, die geeint würden durch die Furcht vor der proletarischen Revolution. (Heiterkeit.)

Abg. **Beutler** (DN.): Nach Ablehnung der Auflösungsanträge sei die Bildung einer anderen Regierung nicht möglich, seine Freunde würden deshalb den Agitationsantrag der Kommunisten nicht unterstützen und sich deshalb der Stimme enthalten.

Abg. **Liebmann** (Soz.): 23 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei hätten sich eines schweren Disziplinarbruchs schuldig gemacht, darüber habe der nächste Parteitag zu entscheiden. Er und seine Freunde würden sich ebenfalls der Stimme enthalten. (Schallende Heiterkeit links. Abg. Böttcher ruft: Hermann, gib mir die Hand!)

Die Deutschnationalen und Linkssozialisten verlassen hierauf den Saal und der **Mißtrauensantrag wird gegen 7 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.**

Nächste Sitzung: Mittwoch, 10. Dezember 1924: Gesetzentwürfe. Bis Weihnachten sollen dann noch 9 Sitzungen stattfinden.

Volksparteiliche Anträge im Landtag.

Die Deutsche Volkspartei hat folgende zwei Anträge im Landtage eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich 1. bei der **Mietzinssteuer** a) die Kleinrentner und die sonstigen Empfänger öffentlicher Fürsorge bis auf weiteres freizulassen, b) den für den Wohnungsbau bestimmten Teil gegebenenfalls unter verhältnismäßiger Kürzung des Anteils des Staates und der Gemeinden auf 15 Prozent zu erhöhen; 2. Die Grund- **und Gewerbesteuer** wesentlich zu ermäßigen, insbesondere die Lohnsummensteuer zu beseitigen. — Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Gebührensätze für Grundbucheintragungen auf die in den meisten übrigen deutschen Ländern geltenden Durchschnittssätze zu ermäßigen.

Abg. **Frl. Dr. Hertwig** hat namens der Deutschen Volkspartei beim Landtag folgenden Antrag eingebracht. Infolge des dauernd wachsenden **Andranges zu den höheren Schulen** sind die Unter- und Mittelklassen stark überfüllt, wodurch ein den neuzeitlichen Forderungen entsprechender Unterricht sehr erschwert wird. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der geplanten Reform die Klassenstärke für die einzelnen Schulstufen so zu regeln, daß sie in keinem Falle die im Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli 1922 für die Volksschulen festgesetzten Zahlen überschreitet.

Die Landtagswahlen in Anhalt.

Das Wahlergebnis. — Schwache Erfolge der Sozialdemokraten.

)(**Dessau**, 9. November. **Die anhaltischen Landtagswahlen haben folgendes endgültiges Ergebnis gehabt:**

Sozialdemokraten 78 449 (64 935) Stimmen, 15 (13) Abgeordnete,

Demokraten 13191 (6181) Stimmen), 3 (1) Abgeordnete,

Kommunisten 11 217 (16 709) Stimmen, 2 (4) Abgeordnete,

Nationalsozialisten 7 942 (7 989) Stimmen, 1 (2) Abgeordneter,

Zentrum 2 406 (2,909) Stimmen, — (—) Abgeordnete,

Bodenreformer und Mieterpartei 3 207 (3005) Stimmen, 1 (1) Abgeordneter.

Bürgerliche Volksgemeinschaft 74 482 (74 514) Stimmen, 14 (15) Abgeordnete.

* **Dessau.** Die Wahlschlacht in Anhalt ist geschlagen. Als Ueberreste des Ringens um die Gunst der Wähler bedecken große Mengen weißes Papier die Straßen von Dessau. Der Wahlkampf wurde diesmal nach amerikanischem Muster geführt. Die Demokraten ließen seit Freitag Lastautos mit Transparenten durch die Straßen von Dessau fahren, auf denen sie der Menge ihre Wahlaufrufe bekannt machten. Die Deutsche Volkspartei schickte schwarz-weiß-rote mit den anhaltischen Farben geschmückte Autos durch die Straßen der Landeshauptstadt. Von Heroldstrompeten wurden Märsche geblasen. Wie bisher bekannt wurde, sind die Wahlen im ganzen Lande ruhig verlaufen. In Dessau wurde der Wahlmg durch Wecken der Reichsbannerkapelle eingeleitet. Die sozialdemokratischen Hausbesitzer hatten schon in den frühen Morgenstunden geflaggt. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich groß.

Das Ziel der deutschen Handelspolitik.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß und der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats nahmen in einer gemeinsamen Sitzung am Sonnabend auf Grund des Berichtes des Arbeitsausschusses für Zolltariffragen, der in 26 Sitzungen 368 Sachverständige vernommen hat, zur Zollfrage eine Entschließung an, in der erneut betont wird, daß das Ziel der deutschen Handelspolitik die Wiederherbeiführung eines möglichst ungehinderten internationalen Warenaustausches durch internationalen Abbau der Zollmauern auf dem Wege der Handelsverträge sein müsse. Die Erreichung dieses Zieles dürfe nicht durch die Befriedigung hochschutzzöllnerischer Wünsche einzelner Wirtschaftsgruppen in den verhindernden Ländern verhindert werden. Ein so großes Interesse auch die deutsche Gesamtwirtschaft an der Erhaltung und Förderung einer intensiv arbeitenden Landwirtschaft und daran habe, daß die deutsche weiterverarbeitende Industrie in möglichst weitem Umfang ihren Bedarf an Rohstoffen und Halbfabrikaten aus der Heimat decken könne, so dürften doch nicht die zur Sicherung der heimischen Bedarfsdeckung zu ergreifenden Maßnahmen die Ausfuhr hochwertiger Arbeitsprodukte in Frage stellen. Die Zollbelastung sämtlicher Fabrikate müsse im Gesamtinteresse der deutschen Industrie darauf Bedacht nehmen, durch ihre Höhe nicht die deutsche Konsumkraft und damit den Absatz deutscher Fabrikate soweit einzuengen, daß dadurch der ganze Zweck eines vernünftigen Zollschutzes illusorisch werde. — Außerdem wurde ein Antrag Kraemer angenommen, der die Regierung ersucht, von den gesetzgebenden Körperschaften die generelle Ermächtigung zu fordern, 1. Abwehrmaßnahmen gegen Einfuhren zu treffen, deren Preisstellung auf Dumping beruht. 2. Abwehrmaßnahmen — vorwiegend durch Vervielfachung der Zollsätze — gegen die Einfuhr aus solchen Ländern zu treffen, die fortfahren, deutsche Waren bei der Einfuhr zu differenzieren bezw. zu diskriminieren.

SLUB
Wir führen Wissen.